



NEWSLETTER



AUSGABE 5
Mai 2009

KAS HAUPTABTEILUNG
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Nach dem Regierungssturz: Tschechien wird von „Experten“ regiert

Inhalt

- **Seite 1**
Die innen- und außenpolitische Lage
- **Seite 4**
Tschechien intern
- **Seite 6**
Europawahlen 2009
- **Seite 7**
Rechtsradikalismus in Tschechien
- **Seite 9**
Interview Dr. Tomáš Kraus
- **Seite 13**
Interview David Ondráčka
- **Seite 15**
Tschechien und die Finanzkrise
- **Seite 16**
Deutsch als Fremdsprache
- **Seite 17**
Terminkalender
- **Seite 18**
Links

TSSCHECHISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Am 6. Mai war es endlich soweit: Nach dem Abgeordnetenhaus hat auch der tschechische Senat dem Lissabonvertrag zugestimmt. Nun hängt alles von der Unterschrift Václav Klaus` ab. Es wird sich zeigen, ob Klaus die „Bühne“ Europa für sich nutzen wird und das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags weiter hinauszögern wird. Entscheidend wird dabei sein, wie sich der Übergangspremier Jan Fischer und seine Expertenregierung verhalten. Fischer selbst sieht sich nicht als Politiker, sondern als Verwalter, der einen reibungslosen Übergang zu den Neuwahlen im Oktober garantieren soll. Doch es ist fraglich, ob es in Zeiten der Wirtschaftskrise und in den letzten Wochen der EU-Ratspräsidentschaft bei reinen Verwaltungsaufgaben für Fischer bleiben wird. Die Europawahlen stehen vor der Tür und die Parteien kämpfen um jede Stimme. So wird es für Fischer keine leichte Aufgabe sein, die Unterstützung aller Parteien zu gewinnen, obwohl die Expertenregierung das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der gestürzten Regierung Topolánek und der Opposition ist.

Neben weiteren Informationen rund um Tschechiens EU-Ratspräsidentschaft geben Interviews mit Dr. Tomáš Kraus, Vorstandsmitglied der Föderation der jüdischen Gemeinden in Tschechien, und David Ondráčka, Direktor von Transparency International in Prag, Aufschluss über die aktuelle Extremismuskommunikation und den Kampf gegen die Korruption in Tschechien. Weitere Informationen über Tschechien finden Sie auf unserer Webseite unter www.kasprag.cz

Was geschah von Ende April bis heute im Rahmen der tschechischen Ratspräsidentschaft? Am 23. April fand im westböhmischen Marienbad der informelle EU-Gipfel zur Regionalentwicklung statt. Aufgrund der Regierungskrise in Tschechien nahmen allerdings nur sieben der 27 EU-Minister an dem Treffen teil, die übrigen Staaten schickten Vertreter. Der Gastgeber, der tschechische Minister für Regionalentwicklung, Cyril Svoboda versuchte dennoch die mageren Ergebnisse als Erfolg darzustellen, und betonte das gemeinsam erarbeitete Kommuniqué. Allerdings weist das Dokument kaum Neues oder Konkretes auf, in 16 Punkten wird lediglich die breite Zustimmung zur Bedeutung der Regionalentwicklung für den Zusammenhalt und die weitere Entwicklung Europas bekräftigt. Zudem wurde darauf verwiesen, dass auch in Zukunft nur die Regionen, die den stärksten Rückstand auf das Wohlstandsniveau der EU haben, Anspruch auf Fördergelder haben sollen. Laut Minister Svoboda sei ganz Tschechien als Gebiet mit besonderem Förderungsbedarf eingestuft worden, mit Ausnahme Prags, wo die relevante 75 Prozent-Schwelle des Wohlstandsniveaus der

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

EU bereits übertroffen wurde. In Zukunft solle zudem noch mehr Wert auf Transparenz bei der Verteilung geachtet werden, so EU-Kommissarin Danuta Hübner.

Ein weiteres Gipfeltreffen fand Ende April in Prag statt, die zweitägige EU-Asien-Konferenz. Unter Leitung der tschechischen Ratspräsidentschaft nahmen neben Vertretern der EU Politiker aus Asien sowie einiger ost- und südosteuropäischer Staaten teil. Ergebnis der Konferenz war eine gemeinsame Deklaration zur Migrationspolitik. Der noch amtierende tschechische Innenminister Ivan Langer sieht in der Erklärung einen weiteren wichtigen Schritt zu einer intensiveren Zusammenarbeit in den Bereichen Asylrecht und Migration. So soll in Zukunft noch strenger gegen illegale Einwanderung vorgegangen werden, zugleich sollen jedoch umfassende Reiseerleichterungen für Touristen, Studenten und Geschäftsleute eingeführt werden.

Zwei Tage vor dem Amtsantritt der tschechischen Übergangsregierung unter Jan Fischer am 9. Mai war Mirek Topolánek noch einmal Gastgeber eines großen EU-Gipfels in Prag. Doch wie schon bei den letzten Gipfeltreffen unter tschechischer Leitung erschienen auch diesmal mehrere Regierungschefs nicht persönlich. So hatten unter anderem der französische Präsident Nicolas Sarkozy, der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, der spanische Regierungschef José Luis Zapatero und der britische Premier Gordon Brown ihre Teilnahme abgesagt, was den Trend der geringen Teilnahme der europäischen Spitzenpolitiker an Veranstaltungen der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft fortsetzte, der sich nach dem Sturz Topoláneks abgezeichnet hatte. Der bisherige Minister für Europa-Angelegenheiten, Alexandr Vondra, kritisierte dieses Verhalten europäischer Politiker. Bereits im Vorfeld hatte das Treffen für Schlagzeilen gesorgt, denn auch der weißrussische Präsident Lukaschenko war nach Prag eingeladen worden. Die Einladung war vom tschechischen Außenminister Karel Schwarzenberg an seinen weißrussischen Kollegen Sergej überreicht worden. Lukaschenko verzichtete aber auf eine Teilnahme und entsandte seinen Stellvertreter. Nach den international kritisierten Wahlen in Weißrussland im Jahr 2006 war der Autokrat Lukaschenko von der EU zur unerwünschten Person erklärt worden und Weißrussland musste in den vergangenen Jahren scharfe Sanktionen der EU hinnehmen.

Hauptthema des Gipfels war die Gründung der Ostpartnerschaft, an der auch Weißrussland beteiligt ist. Die Ostpartnerschaft, die die Beziehungen zwischen der EU und einigen postsowjetischen Staaten intensivieren und ausbauen soll, war einer der wichtigsten Punkte der Agenda der tschechischen Ratspräsidentschaft. Beteiligt sind Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine. Alexandr Vondra betonte, dass die Ostpartnerschaft als Brücke dienen sollte, für den Tag, an dem möglicherweise einmal Aufnahmeverhandlungen der einzelnen Staaten mit der EU beginnen würden. Auch die bereits erfolgten positiven Entwicklungen in Weißrussland würden durch die Aufnahme in die neue Partnerschaft weiteren Auftrieb erhalten. Für die ersten Projekte und Initiativen im Rahmen der Ostpartnerschaft wurden bereits 600 Millionen Euro bereit gestellt, insbesondere um schnell neue Freihandelszonen, erleichterte Visaregelungen und die vorgesehenen acht multilateralen jährlichen Treffen einzurichten und umsetzen zu können. Da Russland erneut seine Bedenken gegenüber der neuen Partnerschaft und der sich nach Osten ausweitenden Einflussphäre der EU ausdrückte, betonte die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, dass die Initiative nicht gegen Russland gerichtet und Russland nach wie vor ein uneretzlicher strategischer Partner für die EU sei. Die entscheidende Abschlusserklärung wurde durch die Niederlande, Deutschland, Belgien und Luxemburg abgeschwächt, um Missverständnissen vorzubeugen. So ist nun nicht mehr von „europäischen Ländern“, sondern von „osteuropäischen Partnern“ die Rede, wohl um nicht den Eindruck zu erwecken, die neuen Partner aus dem Osten könnten

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

bald Mitglieder der EU werden. Zudem wurde die ursprünglich angestrebte Visa-Freiheit in „langfristige Schritte im Visa-Bereich“ umgewandelt.

Ein weiteres Anliegen, das auf dem Gipfel vorangetrieben wurde, war die Nabucco-Gaspipeline. Das Projekt, das Europa unabhängiger von russischen Energielieferungen machen soll, wird etwa acht Milliarden Euro kosten. Neben den Verantwortlichen aus der EU-Troika nahmen auch Mirek Topolánek, Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, und Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso an dem Treffen am 8. Mai teil. Die 2000 Kilometer lange Nabucco-Pipeline soll Gas aus Zentralasien, hauptsächlich Aserbaidschan und Turkmenistan, und dem Mittleren Osten an die europäischen Märkte liefern. Später sollen unter anderem der Irak, Ägypten, Usbekistan, Kasachstan und der Iran an die Leitung angeschlossen werden. So waren auch die Staatsoberhäupter der Türkei, Aserbaidschans, Turkmenistans, Kasachstans und Georgiens zu dem Energiegipfel eingeladen. Iran, Ägypten und Usbekistan konnten hochrangige diplomatische Vertreter entsenden. Russland konnte als Beobachter ebenfalls am Treffen teilnehmen, doch der russische Energieminister Sergei Schmatko schickte nur seinen Stellvertreter. Auf dem Gipfeltreffen wurden nun die letzten konkreten Details zum Bau der Gaspipeline geklärt, eine gemeinsame Absichtserklärung wurde im Prager Kongresszentrum von Vertretern der beteiligten Staaten unterzeichnet. Der Ausbau des so genannten „Südlichen Korridors“ soll schnellstmöglich umgesetzt werden. Ein definitiver Zeitplan soll in den nächsten Wochen vorgestellt werden. Die Agenda des Prager Gipfels reagierte damit auf ein Treffen, das Anfang Mai in Sofia stattgefunden hatte und ein neues Projekt, South Stream, vorstellte, das einen Ausbau der russischen Gaslieferungen an Europa im Blick hat. Die dafür notwendigen Leitungen würden durch Südosteuropa laufen. Sowohl Nabucco als auch South Stream würden Bulgarien als Transitpartner benötigen, weshalb der Regierung in Sofia bereits vorgeworfen wurde, den Preis für die Konzessionen hochzutreiben, da bisher keines der beiden Projekte einen endgültigen Zuschlag aus Bulgarien erhalten hat. South Stream soll insbesondere Italien und Österreich mit Gas aus der Schwarzmeerregion beliefern, der Start für den Bau der 1100 Kilometer langen Pipeline soll 2015 sein.

Bereits sechs Wochen vor Ende der tschechischen Ratspräsidentschaft wird eine erste Bilanz gezogen und geprüft, inwieweit die selbst gesteckten Ziele erreicht worden sind. So wurden Ende April Deutschland und Österreich scharf dafür kritisiert, ihre Arbeitsmärkte noch nicht vollständig für Arbeitnehmer aller EU-Staaten geöffnet zu haben. Diese Entscheidung sei „ungerechtfertigt“, wie eine Mitteilung der Ratspräsidentschaft verkündete. Bisher sei in keiner Weise belegt worden, dass Arbeitnehmer aus Tschechien oder anderen neuen EU-Staaten eine Bedrohung für die nationalen Arbeitsmärkte Deutschlands und Österreichs darstellen würden. Die Verantwortlichen in Berlin und Wien haben unterdessen bekräftigt die Einschränkungen für Arbeitnehmer aus acht neuen EU-Mitgliedsstaaten noch bis 2011 aufrecht erhalten zu wollen.

Vier Wochen nach dem EU-USA-Gipfel in Prag musste die tschechische EU-Ratspräsidentschaft eine schwerwiegende Daten-Panne einräumen. So bestätigte der Sprecher der Ratspräsidentschaft, dass hochsensible Daten von Spitzenpolitikern während des Gipfels für einige Zeit auf einem Hotel-Computer frei zugänglich waren. So konnten Hotelgäste die Passnummern und Terminplanungen von 200 Spitzenteilnehmern einsehen. Ein finnischer Hotelgast, der die Daten der finnischen Teilnehmer entdeckt hatte, informierte daraufhin Presseagenturen, wodurch die Daten durch die tschechischen Organisatoren sofort gesperrt wurden. Die tschechische Ratspräsidentschaft hat unterdessen erklärt, dass es sich bei dem Vorfall menschliches Versagen gehandelt habe, das personelle Konsequenzen nach sich ziehen werde.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kaspraq.cz

TSCHECHIEN INTERN: ÜBERGANGSPREMIER JAN FISCHER – „ICH BIN KEIN POLITIKER.“

„Ich nehme das schlicht als fünfmonatigen Dienst, nichts weiter.“ So nüchtern schätzt **Jan**



Fischer seine Arbeit als vorübergehender tschechischer Premierminister ein. Sechs Wochen nach dem Sturz der Regierung übergab der ehemalige Premier **Mirek Topolánek** (ODS) dem Leiter des staatlichen Amtes für Statistik, Jan Fischer, das Amt. Dieser zeigte sich bereits in der Zwischenzeit hoch aktiv und verhandelte mit den Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus über die Zusammenstellung der „Beamtenregierung“,

die bis zu den Neuwahlen im Oktober 2009 die Geschäfte führen soll. Diese Suche nach den Kabinettsmitgliedern gestaltete sich alles andere als leicht, denn kaum ein Kandidat entsprach sowohl den Vorstellungen der ehemals regierenden Bürgerdemokraten (ODS) als auch denjenigen der oppositionellen Sozialdemokraten (ČSSD). Kaum ein Tag verging, an dem nicht ein neuer, völlig überraschender Kandidat vorgestellt wurde, und es nicht schon hieß, die neue Regierung sei nun bereit für die Verteidigung durch Staatspräsident **Václav Klaus**. Letztendlich dauerte es dann doch länger als allseits erwartet, was zur Folge hat, dass die öffentliche Wahrnehmung der politischen Abläufe im Land weiteren Schaden nehmen musste.

Vielleicht gelingt es Fischer, die Stimmung in Tschechien zu verbessern: Derzeit sind 66 Prozent der Befragten einer aktuellen Umfrage des Soziologischen Instituts mit der politischen Situation in Tschechien unzufrieden. Nur noch acht Prozent zeigten sich mit dem Kurs der gestürzten Regierung einverstanden. Die Umfragewerte für Mirek Topolánek haben mit 20 Prozent Zustimmung einen historischen Tiefstand erreicht, und auch das Parlament steht mit rund 24 Prozent nicht im Vertrauen der Tschechen. Einzig Staatspräsident Klaus liegt nach wie vor vorne in der Gunst der Bürger: 65 Prozent sind mit ihm und seiner Amtsführung zufrieden.

Am 22. April traf Fischer erstmals mit EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** zusammen. Hauptthema des Gesprächs war die Weiterführung der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft. Im Anschluss an das Treffen zeigte sich Barroso optimistisch, dass die tschechische Übergangsregierung alle Aufgaben lösen werde. Dies ist auch bitter nötig; Das Ansehen der tschechischen Politik hat stark unter dem Chaos der vergangenen Wochen gelitten.

Fischer erklärte zum Amtsantritt in einem Zeitungsinterview, dass er sich die Herausforderung durchaus zutraue, denn „soviel sei ja nicht zu tun“. Die EU-Präsidentschaft sei zwar wichtig, aber vor allem müsse er sich um einen Haushaltsentwurf kümmern und für einen reibungslosen Ablauf der Zeit bis zu den Neuwahlen im Oktober sorgen. Er betonte, dass sein Kabinett **„keine Regierung der Visionen, sondern eine Regierung der harten Arbeit“** sein werde.

Der lachende Gewinner dieser Haltung könnte einmal mehr Václav Klaus sein, der die große Bühne Europas für sich wiederentdeckt hat: Der erklärte „EU-Dissident“ bekommt auf einmal ein ganz anderes Gewicht. Er hat sich bereits mit Fischer darüber verständigt, wie die tschechische EU-Ratspräsidentschaft gut zu Ende gebracht werden kann. So beansprucht Klaus die Leitung der kommenden EU-Gipfel für sich. Insbesondere der EU-Russland-Gipfel am 21. und 22. Mai liegt ihm sehr am Herzen, und auch der EU-Korea-Gipfel in Seoul am 23. Mai wird wohl unter Führung Klaus` stattfinden. Insbesondere der Lissabonner Vertrag

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

gibt Václav Klaus erneut die Gelegenheit sich als „letzte Bastion“ im Kampf gegen den Vertrag zu profilieren. Zwar hat der tschechische Senat dem Vertrag am 6. Mai zu gestimmt, doch zu einer endgültigen Ratifizierung fehlt noch die Unterschrift des Staatspräsidenten (näheres dazu in unserem Länderbericht, www.kasprag.cz).

Obwohl die Expertenregierung einen Kompromiss zwischen ODS und der ČSSD darstellt, dürfte die Regierung Jan Fischers keinen leichten Stand haben: Der Vorsitzende der Sozialdemokraten, **Jiří Paroubek**, kündigte bereits an, für seine Partei habe der eigene aktive Wahlkampf mit Blick auf den Oktober absoluten Vorrang. So sei die Expertenregierung keine Regierung der Sozialdemokraten und man müsse sich im Kreise der ČSSD vor einer zu großen Unterstützung dieser Regierung hüten. Ziel sei es, bei den vorgezogenen Neuwahlen die absolute Mehrheit zu gewinnen, um nicht auf einen Koalitionspartner angewiesen zu sein. Aufgrund der polarisierenden Politik, die die ODS in den vergangenen drei Jahren geführt habe, sei dieses Ziel durchaus in Reichweite, so Paroubek.

Das könnte nicht das einzige Problem der ODS im Wahlkampf sein: Der bisherige Junior-Koalitionspartner KDU-ČSL kommt nicht zur Ruhe. Seit Wochen häufen sich Spekulationen, dass sich Finanzminister **Miroslav Kalousek** und Parteichef **Jiri Čunek** überworfen haben. Beide stehen jeweils für konkurrierende Flügel in der christdemokratischen Partei und sollte es bis zum für den Parteitag Ende Mai nicht gelingen, die Wogen intern zu glätten, könnte ein offener Schlagabtausch die Partei an den Rand der Spaltung führen. Der Wiedereinzug ins Parlament wäre dann in Gefahr. Das wiederum wäre ein schwerer Schlag für die Konservative in Tschechien, denn die ODS ist auf Juniorpartner angewiesen, um den Sozialdemokraten und womöglich Kommunisten mit einer Mehrheit entgegentreten zu können. Doch neben den Christdemokraten sind auch die Grünen, bisher Koalitionspartner der ODS und KDU-ČSL so schwer angeschlagen, dass kaum jemand mit einem Einzug ins Parlament rechnet. Darüber hinaus musste die ODS das Absplittern vormaliger Klaus-Anhänger zu neu gegründeten Parteien „Libertas.cz“ und „SSO“ (Freie Bürgerpartei) verkraften. Vielleicht ein Fingerzeig dafür, wohin sich die ODS entwickelt: Weg von Euroskeptizismus und Populismus hin zu Pragmatik und Konstruktivität. Hinter diesem Prozess steht vor allem der Parteivorsitzende Mirek Topolánek. Und dieser ist bekannt für sein Kämpferherz: In der Vergangenheit gelang es ihm mehrfach, verloren geglaubte Schlachten noch zu drehen. Das gilt es nun, ein weiteres Mal zu beweisen. Bis Oktober hat er noch fünf Monate Zeit.

Nach heftigen Protesten gegen das neue Mediengesetz in Tschechien räumte das tschechische Datenschutzamt die Aufhebung der neuen Regelung in Ausnahmefällen ein. So dürfen in Zukunft in bestimmten Situationen die Daten von Verbrechenopfern in den Medien veröffentlicht werden. Der tschechische Journalistenverband fordert unterdessen die völlige Rücknahme der Gesetzesnovelle, die die Veröffentlichung von Opferdaten sowie von polizeilichen Abhörprotokollen unter Strafe stellt. Mehrere Senatoren bereiten bereits eine Verfassungsklage gegen das so genannte „Maulkorb-Gesetz“ vor.

Zwar hat die Diskussion um den Bau des amerikanischen Raketenabwehrschilts in Ost- und Mitteleuropa in den letzten Wochen an Schärfe verloren, doch nun erklärte Russland erneut, dass es Iskander-Raketenkomplexe in der Region von Kaliningrad stationieren wolle, falls die USA an ihren Plänen festhalten sollten. Der russische Vizeaußenminister **Sergej Rjabow** erklärte, dass er keinen Grund für den Bau des Raketenabwehrsystems sehe, da der Iran nach Meinung Russlands nicht versuchen würde Atomwaffen zu produzieren. Erst im April hatte US-Präsident Obama in einem Brief an den russischen Präsidenten Medwedew angeboten, auf das Abwehrsystem zu verzichten, falls Russland die internationale Gemeinschaft im Kampf gegen ein iranisches Atomprogramm unterstützen sollte.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

Wie auch die deutsche Bundesregierung hat sich die tschechische Regierung dagegen ausgesprochen, ehemalige Gefangene des umstrittenen US-Militärgefängnisses Guantánamo in Tschechien unterzubringen. Das sagte der noch amtierende Innenminister **Ivan Langer** vor dem Regierungswechsel in Luxemburg vor Journalisten. Langer lehnte damit die offizielle Bitte der USA an die EU, Gefangene des Lagers nach dessen Auflösung vorübergehend in EU-Staaten aufzunehmen, ab. Innerhalb des Schengen-Raums wurden die Grenzkontrollen weitgehend abgeschafft, und so könnte ein etwa in Frankreich lebender ehemaliger Gefangener ungehindert durch Europa reisen, so Langer. Die Entscheidungen einzelner EU-Staaten könnten daher Folgen für ganz Europa haben. Aus diesem Grund müsse ein Informationsaustausch über alle Guantánamo-Insassen, die nach Europa kommen, stattfinden. Bisher haben nur Frankreich, Spanien und Italien ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert.

EUROPAWAHLEN 2009 – IM SCHATTEN DER VORGEZOGENEN NEUWAHLEN

Noch 2004 gewann die ODS die Europawahlen 2004 in Tschechien – Neun der 24 tschechischen Sitze im Europäischen Parlament fielen an die Bürgerdemokraten. Die Kommunisten (KSČM) konnten damals sechs Sitze erreichen, die Unabhängigen Kandidaten (SNK-ED) drei, die Christdemokraten (KDU-ČSL) und die Sozialdemokraten (ČSSD) jeweils zwei.

Bei den anstehenden Europawahlen am 5. und 6. Juni 2009 könnten sich diese Verhältnisse deutlich zu Gunsten der Sozialdemokraten verschieben. Zum einen hat Tschechien nach den Reformen in der EU nur noch Anspruch auf 22 Sitze im nun 736 und nicht 785 Sitze stellenden Parlament. Die ODS verlor in den vergangenen Monaten zunehmend an Unterstützung bei den Wählern und wird nach neuesten Umfragen rund 26 Prozent der Stimmen erreichen. Die ČSSD dagegen konnte unterdessen ihre Umfragewerte bei 28 Prozent stabilisieren. Die Kommunisten liegen bei 13 Prozent die KDU-ČSL und die Grünen bei jeweils fünf Prozent. Experten rechnen mit einer Wahlbeteiligung von rund 50 Prozent. Insgesamt wurden 33 Wahlgruppen zu den diesjährigen Europawahlen in Tschechien zugelassen, 2004 standen nur 31 Gruppen zur Wahl.

Die wichtigsten Punkte der einzelnen Wahlprogramme sind klar: Für drei von fünf Tschechen



ist das Verhältnis zu Russland und die Energieproblematik das wichtigste Thema, und sogar 83 Prozent der Befragten fordern eine stärkere monetäre Unterstützung strukturschwacher Regionen. Und obwohl eigens für die EP-Wahl Parteien entstanden sind, die sich einzig das Thema „Lissabonner Vertrag“ auf die Fahne schreiben, werden die Juni-Wahlen sicherlich im Schatten der vorgezogenen Neuwahlen für das tschechische Abgeordnetenhaus stehen – thematisch und finanziell.

Das Zünglein an der Waage bei den tschechischen Europawahlen könnten gerade die Euroskeptischen Bewegungen Libertas.cz und Strana Svobodnych Obcanu – Freie Bürgerpartei (SSO) werden. Erstere konnte mit Rückendeckung des irischen Millionärs Declan Ganley die beiden „Rebellen der ODS“ Vlastimil Tlustý und Jan Schwippel gewinnen. Zusammen sorgten die beiden Abgeordneten dafür, dass die Regierung von Premier Mirek Topolánek (ODS) im März stürzte. Genau wie Libertas.cz setzt auch die SSO primär auf die Karte Euroskeptizismus. „Kampf gegen Lissabon“ und „Brüssel-Moskau“ sind einige Schlagwörter, die in den Kampagnen der beiden Parteien Raum finden und, mit denen beide Gruppierungen in erster Linie enttäuschte ODS-Wähler und Klaus-Anhänger gewinnen will.

Mit einem pro-europäischen Programm tritt die Evropská Demokratická Strana – Europäische Demokratische Partei (EDS) an. Parteigründerin und Spitzenkandidatin ist Jana Hybáš-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

ková, seit 2004 MEP für die EPP-ED-Fraktion. Ihre Partei wirbt für eine schnelle Annahme des Lissabonner Vertrags und eine noch stärkere Integration Tschechiens in die EU. Laut Hybášková würde diese Wahl durch supranationale Themen entschieden, die Tschechen würden sich bei ihrer Wahlentscheidung nicht mehr nur durch nationale Themen leiten lassen.

Unterdessen macht die ODS Schlagzeilen mit ihrer ungewöhnlichen Wahlkampagne. Sie will verstärkt die modernen Medien nutzen und durch Auftritte auf Youtube oder Facebook vor allem junge Wähler gewinnen. Ziel ist es, mindestens das Ergebnis von 2004 zu erreichen und mehr als 30 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Spitzenkandidat der ODS ist Jan Zahradil. Er ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. In der Lissabon-Diskussion unterstützt er den eurokritischen Kurs von Václav Klaus. Im Bereich der deutsch-tschechischen Beziehungen kritisiert er die angebliche Tendenz Deutschlands, die Europäische Integration dominieren zu wollen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen der ehemalige Landeshauptmann, Evzen Tozenovsky und Oldrich Vlasak, MEP. Mirek Topolánek bezeichnete die Liste zu den Europawahlen als „erste Liga unserer Partei“.

Bei der ČSSD steht Jiří Havel an der Spitze der Kandidatenliste. Der Wirtschaftsdozent und Aufsichtsratsvorsitzende des Energieversorgers ČEZ gilt als Spezialist im Bereich Volkswirtschaft, der als ehemaliger stellvertretender Premierminister und Berater Jiri Paroubeks schon viel Erfahrung gesammelt hat. Die Partei will sich insbesondere für eine stärkere Preisregulierung, erneuerbare Energien und mehr Sozialleistungen einsetzen sowie ihre pro-europäische Haltung herausstellen.

Mit bekannten Gesichtern will die KDU-CSL bei ihren Wählern punkten. Jan Brezina und Zuzana Roithova sind bereits beide seit 2004 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Bei der letzten Wahl erreichte die KDU-CSL 6,7 Prozent. Die klar pro-europäische Ausrichtung des Wahlkampfes soll Stimmen bringen. Zudem fordern die Kandidaten von der EU mehr Investitionen in gemeinsame Projekte und einen effektiveren Einsatz von Fördermitteln in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Die EP Wahlen 2009, sind auch ein Wegweiser des Kurses der Tschechischen Republik in der Europäischen Union. Werden die tschechischen Wähler den Euroskeptizismus von Libertas.cz und SSO mit ihrer Stimme unterstützen? Wie stellt sich die ODS auf? Unter Topolánek zeigte sich die Partei pragmatisch beim Thema Europa – Wie steht dazu Jan Zahradil, bekanntermaßen eher dem Euroskeptischen Lager zuzuordnen. Nach der Annahme des Lissabonner Vertrags durch das Parlament liegt es nun an den Wählern, zu zeigen, welche EU sich der Tschechische Bürger wünscht. An Alternativen zwischen den 33 für die Wahlen angemeldeten Parteien mangelt es dafür nicht.

RECHTSRADIKALISMUS IST IN TSCHECHIEN AUF DEM VORMARSCH

Es ist kein seltenes Bild mehr in der Tschechischen Republik: Rechtsextreme marschieren mit Fahnen und Bannern durch die Straßen und liefern sich dabei nicht selten Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten und Polizeikräften. Ganz neu ist das nicht, erschreckend aber ist der hohe Organisationsgrad der Gruppierungen – denn: Anders als in der Vergangenheit stehen hinter den Demonstranten nun registrierte und durchgeplante politische Parteien. Die neue Effektivität ist spürbar: Die Dělnická Strana – Arbeiterpartei (DS) sorgt im Akkord für Schlagzeilen und auch die „Narodni Strana – Nationalpartei“ steht oft für organisierte Ausschreitungen. Die zunehmende Sichtbarkeit und Gewaltbereitschaft der Rechtsextremen wird dabei noch gestützt durch die wachsende grenzübergreifende Solidari-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

tät radikaler Gruppierungen. In Usti nad Labem an der tschechisch-sächsischen Grenze kam es vor kurzem zu einem Besorgniserregendem „Bruder-Marsch“ zwischen deutschen und tschechischen Neonazis.

Nicht selten bieten Konzerte den Hintergrund, für gemeinsame Treffen. Jenseits der deutschen Grenze in Tschechien können deutsche Neonazis Konzerte und Veranstaltungen besuchen, die in Deutschland verboten sind. Auch in Deutschland verbotene Literatur kann in Tschechien in deutscher Sprache frei gekauft werden. Die zunehmende Vernetzung der deutschen und tschechischen Szene stellt die Verantwortlichen beider Länder nun in die Pflicht, zu reagieren. Innenminister Ivan Langer (ODS) setzte sich in seiner Amtszeit stark für das Verbot der „Dělnická Strana“ eingesetzt, scheiterte aber mit seinem Antrag im März vor dem Verfassungsgericht. Als Reaktion auf die jüngsten Ausschreitungen verabschiedete die scheidende Regierung kurz vor dem Abtritt ein „Paket gegen Rechtsextremismus“, das grundsätzliche Maßnahmen auf den Weg bringen soll.

Obwohl Menschenrechtsgruppen und Bürger betroffener Städte durch Gegendemonstrationen ihren Unmut zeigen, bleibt festzuhalten, dass rechtes Gedankengut in Tschechien immer mehr Anhänger findet. Bei einer Untersuchung des Centrum pro výzkum veřejného mínění (Zentrum für öffentliche Meinungsforschung) im März 2009 gaben 57 Prozent der Befragten an, dass sich derzeit zu viele Ausländer im Land aufhalten. Vor allem ältere Menschen und Wähler linker Parteien teilen diese Sichtweise. Bei jungen Menschen bis 29 Jahre liegt diese Skepsis zwar niedriger, ist aber mit 50 Prozent immer noch beträchtlich. Nur 7 Prozent der Bevölkerung ist der Ansicht, dass man Ausländern ein Aufenthaltstatus ohne Limit gewähren sollte. Einem zeitlich begrenzten Aufenthalt würden hingegen 78 Prozent zustimmen.

Vor allem Minderheiten werden in der tschechischen Gesellschaft häufig zum Opfer rassistisch motivierter Gewalt. Ein spezieller Aspekt sind dabei die Übergriffe auf Roma. So ereigneten etwa die jüngsten Ereignisse im nordmährischen Vitkov die Gemüter. Mitte April wurde ein Brandanschlag auf ein Haus verübt, indem sich Roma aufhielten. Dabei erlitt ein zweijähriges Mädchen lebensbedrohliche Verbrennungen. Offen wirbt die „Narodni Strana“ in ihrem Programm für eine „Endlösung der Zigeunerfrage“ und provoziert durch Aufmärsche in Roma-Vierteln Gewaltausschreitungen.

Dabei ist und bleibt das Thema Roma ein Punkt, an dem sich die Meinungen in der tschechischen Gesellschaft scheiden. Die aktuellen Probleme haben fast immer soziale Hintergründe. Oft leben die Roma in separaten Teilen der Städte, die Arbeitslosenquote liegt teilweise bei über 90 Prozent, so dass der Großteil von ihnen Sozialhilfe beziehen muss. Hinzu kommen Probleme wie hohe Kriminalitätsraten, verbreiteter Drogenhandel und Prostitution. Das Ergebnis dieser Ausgangslage ist, dass die Roma in Tschechien in einer Art Parallelgesellschaft leben. Geschehnisse, wie der Anschlag in Vitkov fördern die Verbitterung auf beiden Seiten.

Wo sich die einen mehr Integrationsprogramme wünschen, wählen andere einen harten Kurs: So pfändet die Bürgermeisterin von Chomutov, Ivana Řapkova, seit Februar die Sozialhilfe von Bewohnern, die seit Monaten mit ihrer Miete im Rückstand liegen, die meisten Betroffenen sind Roma. Nach Angaben der Stadt wurde ihnen unter anderem Hilfe in Form von Sozialwohnungen angeboten. Nun soll gegen „Zahlungsunwillige“ vorgegangen werden. Sie sollen in Container am Rande der Stadt umgesiedelt werden. Auch in Litvinov sollen die Maßnahmen ab Juni umgesetzt werden. Unter Juristen ist die Praxis umstritten und befindet sich in einer rechtlichen Grauzone. Ob ein derartiges Vorgehen die richtige Lösung sein

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

kann, wird nun in Tschechien intensiv diskutiert. Innenminister Ivan Langer äußerte sich in einem Interview: „Die Lösung des Problems sei nur schwer zu erreichen, wenn Menschen, die täglich arbeiten gehen, um sich und ihre Familien zu ernähren, mit Menschen konfrontiert würden, die Arbeit prinzipiell ablehnten und ihre Kinder nicht in die Schule schicken.“ Trotzdem gäbe es keinen Zweifel daran, dass man das öffentliche Bewusstsein für den erstarkenden Extremismus sensibilisieren muss.

Die Fronten sind verhärtet, die Integrationsdiskussion wird zum gesellschaftlichen Reizthema. Doch was könnte den Roma oder auch anderen Ausländern tatsächlich helfen, den vielen Forderungen nachzukommen? Was könnte zu einem besseren Verhältnis beitragen? Fest steht, dass für die tschechische Bevölkerung vor allem der Wille zur Integration wichtig ist. Insbesondere Sprachkenntnisse haben für einen großen Teil der Bevölkerung höchste Priorität. 94 Prozent betrachten Tschechischkenntnisse als wichtigen Faktor, um Hemmschwellen zu überwinden und die Eingliederung zu fördern. Hautfarbe (32 Prozent) sowie die Heirat mit einem Tschechen bzw. einer Tschechin (44 Prozent) sind dabei weniger von Bedeutung. Auch Kenntnisse über Geschichte und Kultur sind für die Tschechen nicht von höchster Bedeutung.

Insofern ist nur eines sicher: Die Thematik „Roma“ wird in Tschechien aber auch anderen Ländern Mittelosteuropas sowohl in Politik als auch den Bevölkerungen noch kontrovers diskutiert werden. Ebenso kann davon ausgegangen werden, dass das Thema auch in Brüssel in den nächsten Monaten und Jahren strittig bleiben.

INTERVIEW DR. TOMÁŠ KRAUS: „DIE POLITIK SCHAUT NICHT NACH VORNE.“



Antisemitische Blogs, rechtsradikale Internetseiten, Demonstrationen und Aufmärsche gegen Romasiedlungen – All das gehört inzwischen auch zum Alltag in Tschechien. Nach einem Brandanschlag auf ein von Roma bewohntes Haus in Usti nad Labem, bei dem ein zweijähriges Kind schwer verletzt wurde, sah sich die Regierung zum Handeln gezwungen und hat ein neues Gesetz erlassen. Über die Wirksamkeit dieser Initiative, die aktuelle Situation in Tschechien und die Aussichten für die Zukunft, haben wir mit **Dr. Tomáš Kraus, Generalsekretär der Föderation der jüdischen Gemeinden in Tschechien**, gesprochen.

KAS: 2008 sind in Tschechien sowohl mehr antijüdische Angriffe als auch gewaltsame Übergriffe auf Roma und andere Minderheiten verzeichnet worden als 2007, Rechtsradikalismus ist zunehmend sichtbarer. Wie erklären sie sich diese Entwicklung?

Kraus: Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Zunächst ist es auf die politische Struktur in Tschechien zurückzuführen – Heute gibt es keinen politischen Raum mehr für die Radikalen. Seit die Partei von Miroslav Sládek (Ehemaliger Chef der rechtsradikalen Republikaner-Partei SPR-RSC, Anm. d. Red.) nicht mehr aktiv ist, gab es nichts Vergleichbares mehr. Heute sind die radikalsten Meinungen hier eher im linken Spektrum zu finden. Allerdings stellen sie für die sozial Unzufriedenen keine wählbare Alternative dar, so dass diese wiederum nach rechts abdriften. In bestimmten Gebieten ist die soziale Lage prekär, wie in Nordböhmen oder Nordmähren. Dort, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, finden die meisten Übergriffe und Ausschreitungen statt.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

KAS: Wenn wir die jüngsten Ereignisse in Usti nad Labem betrachten, reihen sie sich ein in eine Reihe rechtsradikaler Übergriffe. Sehen sie insgesamt den Rechtsextremismus in Tschechien auf dem Vormarsch oder sind das die Reaktionen auf die aktuelle soziale Situation?

Kraus: Hier müssen wir die junge Generation betrachten. Sie verfügt über keinerlei Bildung zum Thema politischer Radikalismus. Für sie ist der Rechtsextremismus keine rein politische Überzeugung, sondern das letzte Tabu, das noch gebrochen werden kann. Es gibt keine sexuellen oder gesellschaftlichen Tabus mehr – Der Rechtsextremismus, der Holocaust, die Geschichte der Judenverfolgung - Das sind die noch Möglichkeiten gegen die Älteren zu rebellieren. Allerdings sind das einige hundert Leute, das ist keine massive, organisierte Bewegung. Wir müssen sie trotzdem ernst nehmen, denn es geht darum, was in einigen Jahren passieren wird.

KAS: In Problemvierteln war in den letzten Jahren wiederholt zu beobachten, dass rechtsradikale Schlägertrupps geradezu von den Einwohnern herbeigerufen wurden, als diese sich etwa im nordböhmischen Litvínov von einigen ausländischen Bürgern und Roma bedroht fühlten. Wie erklären sie sich diese Toleranz gegenüber Gewalt und extremen Gedankengut in bürgerlichen Kreisen?

Kraus: Hier ist insbesondere die Arbeiterpartei aktiv, die um diese soziale Unzufriedenheit weiß und für sich zu nutzen versteht. Unbestritten gibt es in einigen Gemeinden Schwierigkeiten mit bestimmten sozialen Gruppen und dieses Problem wurde von der Politik lange unterschätzt. Alle Regierungen haben dieses Problem zwar bisher auf ihre Agenda gesetzt, aber hier bedarf es langfristiger Maßnahmen, keinen begrenzten Ad-hoc-Aktionismus. Insbesondere mit Blick auf den Brandanschlag in Usti nad Labem ist es wichtig, zu betonen, dass sich genau das Gleiche vor einigen Wochen in Ungarn ereignet hat. Der gleiche Ablauf des Anschlags, eine ähnliche Vorgeschichte – Das ist kein Zufall.

KAS: Laut einer Umfrage des *Centrum pro výzkum veřejného mínění* glauben 57 Prozent der Befragten, dass sich zu viele Ausländer im Land aufhielten, auch viele junge Menschen teilen diese Meinung. Woher kommt dieses breite soziale Empfinden, das alle Gesellschaftsschichten durchzieht?

Kraus: Tschechien ist kein klassisches Immigrationsland. Die Menschen sind also von Natur aus eher skeptisch. Allerdings war ich durchaus erstaunt, als ich erst kürzlich in einer Umfrage gelesen habe, dass die Slowaken und die Juden mit Zustimmungsraten von über 70 Prozent die beliebtesten „fremden“ Nachbarn seien, Schlusslicht hier wiederum die Roma. Daher denke ich, dass die Frage anders verstanden werden muss. Die Zahl von 57 Prozent drückt nicht unbedingt die Einschätzung der aktuellen gesellschaftlichen Situation aus, eher den Willen und die Bereitschaft, in der Zukunft auch radikalere Parteien zu wählen, wofür es bisher zum Glück kaum Anzeichen gibt.

KAS: Unter den rechtsradikalen und extremistischen Gruppen in Tschechien und insbesondere seinen Nachbarländern Deutschland, Polen, Ungarn und Österreich ist eine starke Vernetzung zu beobachten. Sehen sie die Gefahr einer paneuropäischen rechtsradikalen Bewegung?

Kraus: Das ist sehr gut möglich. In der heutigen Zeit bietet das Internet so schnelle und einfache Möglichkeiten der Vernetzung. Das ist ein globales Problem: Wir haben zwar die notwendigen Gesetzgebungen, denn viele dieser Dinge, die im Internet veröffentlicht wer-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

den, sind strafbar. Die Neonazis aber umgehen die europäischen Vorschriften, indem sie den Server in den USA anmelden, wo keine Strafverfolgung möglich ist. Darüber streiten wir seit mehreren Jahren mit den Behörden, wir haben mehrmals Anzeige erstattet, doch bisher ist nichts passiert. Und dies ist kein rein tschechisches Problem, das ist ebenso ein deutsches oder österreichisches Problem. Hier muss mehr Abstimmung stattfinden!

KAS: Sie sprechen von Radikalisierung – In der Slowakei betreibt die Partei von Ján Slota (Vorsitzender der rechtspopulistischen Slowakischen Nationalpartei, Anm. d. Red.) eine hetzerische Propaganda, die die Angst vor den Ungarn schürt. Wer könnte in Tschechien in einem populistisch geführten Wahlkampf zum Sündenbock deklariert werden?

Kraus: Ich glaube, dass das Verhältnis zwischen Slowaken und Ungarn einzigartig ist und stark in der Vergangenheit verankert ist. Es ist schwierig zu sagen, wer in Tschechien diesen Part übernehmen könnte. Die Roma sind nicht aktiv genug, um in einen derartigen Kampf verwickelt zu werden. Vielleicht wird es Brüssel oder die Europäische Union sein, vielleicht ist es Deutschland oder vielleicht auch die Juden, gegen die sich der Populismus wenden könnte. Ich bin aber überzeugt davon, dass die tschechische Bevölkerung nicht gesamtgesellschaftlich auf derartige Parolen eingehen wird. Was eine Rolle spielen könnte, ist eventuell der aufkeimende Nationalismus im Zusammenhang mit dem Lissabonner Vertrag. Es wird sehr interessant werden, wie sich der Präsident verhalten wird, denn er setzt natürlich Zeichen in dieser Hinsicht.

KAS: Die Regierung hat am Montag ein Maßnahmenpaket gegen wachsenden Extremismus beschlossen, so sollen nun Gerichtssäle auf vier Rädern schnelle Urteile vor Ort erlauben. Wie beurteilen sie diese Gesetzesnovelle?

Kraus: Das war sehr wichtig! Diese Novelle ist aus den administrativen Problemen der letzten Jahre entstanden. Es gibt zwei Hauptprobleme: Zum einen müssen in Tschechien Demonstrationen oder Kundgebungen bei den Behörden angemeldet werden, diese haben drei Tage Bearbeitungszeit. So werden viele Demonstrationen freitags angemeldet, montags ist die Bewilligung da, ohne dass Zeit wäre die Veranstalter oder die Umstände zu prüfen. In Zukunft soll die Frist nun drei Werkzeuge betragen. Zum anderen hat die Polizei vor Ort durchaus die Befähigung, eine Veranstaltung abzubrechen, wenn die Ereignisse es erfordern. Doch wer soll das kompetent beurteilen? Mir fallen nur zwei oder drei Experten im Land ein, die sagen könnten, wann eine Veranstaltung aus dem Ruder zu laufen droht. Und daher sind die neuen Maßnahmen vielleicht ein Mittel, in Zukunft schneller und effizienter reagieren zu können. Leider muss ich aber sagen, dass es auch im Falle dieser Gesetzesnovelle keine Anfragen von Seiten der Politik an Vertreter von Minderheiten in Tschechien, etwa die jüdischen Gemeinden gab. Unglücklicherweise ist die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der politischen Führung in Tschechien nicht sehr eng und der Rat und die Meinung aus der Gesellschaft werden in vielen Bereichen zu selten eingeholt.

KAS: Glauben sie, dass die Politik in Tschechien trotz dieser ersten Maßnahmen noch entschiedener gegen rechtsradikale Strömungen vorgehen sollte? Etwa durch Verbote der betreffenden Organisationen und Parteien? Der erste Versuch die Arbeiterpartei im letzten Jahr zu verbieten scheiterte ja kläglich.

Kraus: Leider. Im Falle der Arbeiterpartei bin ich klar für ein Verbot. Hier muss eine Nulltoleranz gelten, denn in dieser und ähnlichen Parteien sind gebildete Leute am Werk, die gefährlich sind – Das sind nicht nur pubertierende Jugendliche, die nicht wissen, was sie da tun. Dahinter steckt durchdachte Planung. Dafür gibt es Gesetze und Strafverfolgung. Im

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING

TOMISLAV DELINIC

Katharina Hierl

Maria Vogt

www.kas.de

www.kasprag.cz

Bereich der Jugend allerdings müssen wir nicht auf Nulltoleranz, sondern auf Bildung setzen. So gibt es in der Gedenkstätte Theresienstadt seit kurzem Bildungsprogramme für Lehrer, die als Multiplikatoren wirken können. Politische und historische Bildung - Das ist der richtige Weg, der aber natürlich Zeit erfordert.

KAS: Sehen sie die Gefahr, dass rechtsradikale oder antisemitische Bewegungen, die sich in der extremen Rechten und der extremen Linken finden, auch auf nationaler Ebene an politischer Bedeutung gewinnen und in absehbarer Zukunft die Fünf-Prozent-Hürde überspringen könnten?

Kraus: Im Moment nicht. Die Gesellschaft ist heute nicht dazu bereit, diese Leute zu wählen. Doch was wird in zehn oder fünfzehn Jahren sein? Wie lange werden wir noch die Möglichkeit haben, mit Holocaustüberlebenden zu sprechen? Aber in fünfzehn oder zwanzig Jahren könnte es eine ernstzunehmende Gefahr werden.

KAS: Wie schätzen sie die Gefahr von „Protestwählern“ bei den nächsten Wahlen ein, nach dem politischen Chaos der vergangenen Wochen und Monate? Sind sich die Parteien dieser Gefahr bewusst?

Kraus: Nicht ausreichend. Zwar wissen die Parteien um die Möglichkeit dieses Protestes an den Urnen, doch steht diese Diskussion auf ihrer Agenda nicht weit genug oben. Bisher sehen die Parteien es als garantiert an, dass die Protestwähler eine kleine überschaubare Menge bleiben. Doch dies ist keineswegs sicher und alle Parteien sollten durchaus aktiver auf diese Gefahr eingehen, die bisher unterschätzt wird. Das Problem ist, dass die Parteien nur nach dem handeln, was sie heute sehen und erleben. Sie sehen nicht nach vorne und fragen sich nicht, was morgen kommt. Ein massives Problem der tschechischen politischen Kultur.

KAS: Hier könnte ja eine verstärkte Thematisierung in Schulen und Kindergärten ein erster Schritt sein. Sehen sie dies bereits ausreichend umgesetzt?

Kraus: Der Wille ist auf jeden Fall da, aber es mangelt an der Umsetzung. Die Lehrer haben aufgrund des engen Lehrplans keine Zeit, das Thema ausreichend zu behandeln. In einigen Fällen beenden Kinder den Geschichtsunterricht mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, über den Zweiten Weltkrieg wissen sie fast nichts, beim Thema Kommunismus sind sie völlig blank. Ihr Wissen über den Holocaust beziehen sie aus den Medien. Deshalb sind Projekte, wie das erwähnte Lehrerprogramm in Theresienstadt, oder andere Bildungsprogramme, die auch aus Deutschland gefördert werden, so wichtig. Hier kann noch viel gemacht und erreicht werden! Die Politik muss es nur aktiv fördern und unterstützen! Bisher passiert leider nicht genug.

KAS: Herr Kraus, wir danken ihnen für dieses Gespräch!

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

**INTERVIEW DAVID ONDRÁČKA: JEDE GESELLSCHAFT LEIDET UNTER
SOVIEL KORRUPTION WIE SIE ZULÄSST**



Transparency International (TI) engagiert sich weltweit im Kampf gegen nationale und internationale wirtschaftliche und politische Korruption. Auch in Tschechien setzt sich TI für mehr Transparenz im öffentlichen Leben ein. In den letzten Jahren und Monaten haben einige aufsehenerregende Korruptionsfälle die tschechische Politik stark erschüttert und in Vergleichsstudien zur Korruptionssituation im Land schneidet Tschechien im Vergleich zu seinen EU-Partnern schlecht ab. Für zwei Drittel der tschechischen Bevölkerung ist die Korruption inzwischen das wichtigste zu lösende Problem. Über mögliche Gründe für diese besondere Situation in Tschechien, über Wege und Mittel der Korruptionsbekämpfung und die Rolle der EU und der Medien haben wir mit **David Ondráčka, Direktor von Transparency International in Prag**, gesprochen.

KAS: Der jährlich veröffentlichte *Corruption Perceptions Index* von Transparency International listet 180 Staaten nach dem Grad der Korruption auf. An der Spitze stehen die Länder, in denen am wenigsten Korruption zu finden ist. Deutschland belegte 2008 Platz acht unter den EU-Staaten, Platz 14 im weltweiten Vergleich. Tschechien rangierte dabei in der EU auf Platz 19, weltweit gar nur auf Platz 45. Wie erklären sie sich diese Unterschiede zwischen den Nachbarstaaten?

Ondráčka: Meiner Ansicht nach gibt es historische, institutionelle und soziale Ursachen dafür. Zunächst durchlebte Tschechien in den letzten 20 Jahren eine sehr schnelle Transformation nach dem Zerfall des Kommunismus, die das Besitzrecht, das politische und das wirtschaftliche System komplett veränderte – Es war wie ein Erdbeben. Zum zweiten wurde die Bedeutung der Institutionenbildung, die in der Regel Jahrzehnte in Anspruch nimmt, lange unterschätzt und nicht ernst genommen. So sind heute viele unserer Institutionen nur auf dem Papier effizient, wie etwa die Rechtssprechung und die staatlichen Kontrollorgane. Und zuletzt ist die große Skepsis der tschechischen Bevölkerung gegenüber allen Antikorruptionsmaßnahmen hervorzuheben – Sie wurde zu viele Male enttäuscht.

KAS: Fast jeden Monat wird ein neuer möglicher Fall von politischer Korruption publik. Welche sind ihrer Meinung nach die von der Korruption am stärksten betroffenen Bereiche?

Ondráčka: Ich möchte kein zu schwarzes Bild von Tschechien malen, viele Menschen hier kommen ihr Leben lang nie mit Korruption in Berührung. Sie machen keine Geschäfte, sind nicht in der Politik aktiv oder benötigen spezielle Genehmigungen einer Behörde und für sie ist Korruption ein Mythos. Andere, die mit der Regierung und öffentlichen Einrichtungen zu tun haben, begegnen ihr vielleicht täglich. So sind vor allem politische Einrichtungen, die mit der Vergabe von Geldern und EU-Mitteln betraut sind, betroffen. Wir beobachten hier eine Verlagerung der Korruption von der überregionalen auf die lokale Ebene. Zudem ist im Bereich der Strafverfolgung und Rechtssprechung ein ständiges Angreifen der Unabhängigkeit der Jurisdiktion zu beobachten, was auch am mangelnden politischen Engagement der Zivilgesellschaft liegt – Jede Gesellschaft leidet eben unter soviel Korruption, wie sie zulässt.

KAS: Woran liegt dieses „Tolerieren“ der Korruption?

Ondráčka: Ich denke, dass die tschechische Gesellschaft auch 20 Jahre nach dem Umbruch noch damit beschäftigt ist, Kapital anzuhäufen. Die eigene Familie gut zu versorgen hat Vor-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

rang vor dem Wohl der Gesellschaft. So gibt es bei größeren Korruptionsfällen zwar Proteste, aber diese dauern nur einige Tage an und die einzelnen Gruppen sind nicht vernetzt. Nur ein lang anhaltender Protest könnte die Politik hier zum Umdenken und zum Handeln zwingen. In den letzten Jahren war außerdem zu beobachten, dass die Mitgliedschaft in einer politischen Partei berufliche Vorteile mit sich bringt, der eigene Aufstieg schneller geht – Diese Personen werden nicht gegen die eigenen Leute oder die eigene Partei vorgehen. Und zuletzt muss ich hinzufügen, dass wir im *Corruption Perceptions Index* gleichauf mit Italien liegen. Doch was bedeutet dies? Sind wir auf einer Ebene mit Sizilien und der Mafia oder mit dem gut organisierten Norditalien? Ich würde sagen, Tschechien liegt genau in der Mitte.

KAS: Wie würden sie die Rolle der Medien im Kampf gegen Korruption beurteilen, insbesondere nach der Verabschiedung des neuen Mediengesetzes?

Ondráčka: In Tschechien herrscht Meinungsfreiheit und die Medien können ohne Zensur berichten, theoretisch über alles, was ihnen interessant erscheint. Das Problem ist, dass wir sehr, sehr wenige gute investigative Journalisten in Tschechien haben, vielleicht fünf. Alle anderen geben nur vor, investigativ zu arbeiten, sie haben vielleicht einen Informanten bei der Polizei. Insgesamt ist der ganze Medienmarkt in Tschechien stark an die „yellow press“ angelehnt, selbst die seriösen Blätter tendieren in Richtung Boulevard. Ein weiteres großes Problem ist, dass selten lange Recherchen und große Berichterstattungen durchgeführt und veröffentlicht werden, denn dazu fehlen in den meisten Fällen die personellen und finanziellen Mittel – So sind viele Fälle schnell vergessen. Das neue Gesetz war in meinen Augen völlig unnötig, es war eine überstürzte Reaktion auf einige wenige Missbräuche von Abhörprotokollen. Es ist immer schlecht, Handeln pauschal zu kriminalisieren und zu sanktionieren. In diesem Fall ist das neue Gesetz auf Einzelfälle zurückzuführen, doch nun erschwert es einer ganzen Gruppe von Journalisten und Ermittlern die Arbeit und der ein oder andere Korruptionsfall könnte so unentdeckt bleiben.

KAS: Sehen sie eine positive Entwicklung des Anti-Korruptionskampfes in Tschechien seit dem Beitritt zur Europäischen Union 2004?

Ondráčka: Es war vor allem der Beitrittsprozess, der uns dazu gezwungen hat, unser Rechtssystem zu harmonisieren, neue Institutionen einzuführen und auch ein neues Anti-Korruptionsgesetz zu verabschieden. Doch sobald der Beitritt erfolgt war, fiel der externe Druck weg, es war keine Kontrolle von außen mehr da. So überprüfte niemand, ob unsere Beamtenreform jemals umgesetzt wurde – Was sie bis heute nicht ist. Und heute fragt niemand mehr danach. Insgesamt sehe ich den Beitritt trotzdem als Erfolg, alleine der Vergleich mit den „alten“ Staaten hat Tschechien vorangebracht. Heute sind wir ein festes EU-Mitglied, das die Ratspräsidentschaft innehat. Und die Situation in den neueren EU-Staaten wie Rumänien oder Bulgarien ist weitaus dramatischer als in Tschechien.

KAS: Was sind ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen, die in Tschechien durchgeführt werden müssen um Korruption wirkungsvoll zu bekämpfen?

Ondráčka: Am wichtigsten ist, dass wir einen glaubwürdigen Premierminister haben, der die Korruptionsbekämpfung auf seiner Agenda ganz nach oben setzt, sonst kann keine Maßnahme greifen. Dann muss in die Mittelvergabe, speziell bei europäischen Geldern, mehr Transparenz gebracht werden. Öffentliche Ausschreibungen und Ausgaben müssen offener und transparenter gestaltet werden, insbesondere auf der lokalen Ebene. Es wäre ein Fehler, zu glauben, dass räumliche und persönliche Nähe Korruption verhindern könnten. Viele

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

glauben, dass in kleinen Städten und Dörfern weniger Korruption zu finden sei, da die Verantwortlichen dort allgemein bekannt seien und Korruptionsfälle sofort bekannt werden müssten. Doch genau dieser Glaube und das Fehlen von Medien, NGOs und in den meisten Fällen einer Opposition vor Ort, lassen den Verantwortlichen auf lokaler Ebene zu viel Freiraum.

KAS: Fühlen sie als Organisation politischen Druck bei ihrer Arbeit?

Ondráčka: Generell können NGOs in Tschechien frei arbeiten. Aber es gibt durchaus einen beständigen Druck von außen, der auf uns lastet. So wird TI häufiger als andere Organisationen von den Steuerbehörden kontrolliert, unser Mitteleinsatz wird ebenso oft genauestens überwacht – All das sind legale Maßnahmen, die unsere Arbeit jedoch schwieriger machen, weil sie enorm viel Zeit kosten. In einigen konkreten Fällen werden wir auch direkt darauf hingewiesen, dass es besser wäre, die Finger von einem Fall zu lassen. Abgesehen davon, können wir aber relativ ungestört arbeiten.

TSCHECHIEN UND DIE FINANZKRISE – ABWRACKPRÄMIEN ÜBERALL

Wie alle europäischen Staaten hat auch Tschechien mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu kämpfen. So ging der tschechische Außenhandel im Februar 2009 weiter zurück. Zwar schloss die tschechische Exportwirtschaft den Monat mit einem Überschuss von fast 320 Millionen Euro ab, im Vergleich mit dem Vorjahr bedeutet dies trotzdem ein Minus von etwa 150 Millionen Euro. Im Jahresvergleich gingen sowohl der Import als auch der Export um über ein Fünftel zurück, wie das Tschechische Statistikamt bekannt gab. Hauptgrund für diese Negativentwicklung ist die gesunkene Nachfrage im Ausland. Der einzige Wirtschaftszweig, der sich zurzeit positiv entwickelt, ist die Autoindustrie. Die exportorientierte Branche profitiert enorm von den Abwrackprämien, die in einigen EU-Staaten eingeführt wurden. Vor allem Kleinwagen werden verstärkt nachgefragt und alleine die Anfragen aus Deutschland haben Škoda einen Auftragsboom beschert. Modelle wie der Fabia und der Roomster wurden vier- bis fünfmal so häufig bestellt, weshalb das Werk in Mladá Boleslav die erst im Januar eingeführte Kurzarbeit schon wieder abgeschafft hat.

Die tschechische Regierung sieht sich angesichts der Krise zu einem energischeren Vorgehen gezwungen: Die geschäftsführende Regierung unter Premierminister Mirek Topolánek und die oppositionellen Sozialdemokraten unter der Leitung von Parteichef Jiří Paroubek haben sich im April auf ein gemeinsames Maßnahmenpaket geeinigt. Dabei konnten die Sozialdemokraten ihre wichtigste Forderung, eine Abwrackprämie, durchsetzen. Diese soll 30.000 Kronen (etwa 1100 Euro) betragen. Fraglich ist allerdings, ob die tschechischen Autohersteller die zu erwartenden Binnennachfrage überhaupt decken können. Derzeit seien sie nicht einmal in der Lage die explosionsartige Nachfrage aus Deutschland, Frankreich und der Slowakei, die alle bereits zu Beginn des Jahres Verschrottungsprämien eingeführt hatten, zu befriedigen, so Topolánek.

Neben der Abwrackprämie sieht das Antikrisenpaket 25 Milliarden Kronen (etwa 930 Millionen Euro) für umweltfreundliche Baumaßnahmen vor. Umweltminister Martin Bursík kündigte staatliche Finanzierungshilfen für Wärmedämmungen in Privathäusern und ökologische Heizkessel an. Auch umweltfreundliche Neubauten, wie etwa Passivhäuser, können staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, was zudem den positiven Nebeneffekt von bis zu 30.000 neuen Arbeitsplätzen haben soll. Das Programm „Grünes Sparen“ stieß bereits in den ersten Tagen auf unerwartet hohes Interesse in der Bevölkerung. Die finanziellen Mittel für das Programm stammen aus dem Emissionshandel, der im Kyoto-Protokoll festgelegt wurde.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

Bemerkenswert ist, dass sich die Wirtschaftskrise nicht auf die Kauflust der Tschechen auswirkt. Insbesondere vor den Ostertagen verzeichnete der Einzelhandel starke Umsätze, mindestens genauso viel wie im Vorjahr.

Trotz dieser ersten positiven Zeichen ist die Arbeitslosenrate in Tschechien im März auf 7,7 Prozent gestiegen, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 2,1 Prozent bedeutet. Im März waren in Tschechien 448.912 Menschen arbeitslos. Zwar sei dies immer noch die drittniedrigste Arbeitslosenrate in der EU, doch nach Meinung von führenden Wirtschaftsexperten wird die Arbeitslosenquote in diesem Jahr noch deutlich ansteigen. So mussten bereits 20 Prozent der Firmen in Tschechien wegen der Finanzkrise die Produktion einstellen, 40 Prozent mussten krisenbedingte Entlassungen durchführen. 20 Prozent der Unternehmen rechnen mit weiteren Kündigungen, falls sich die wirtschaftliche Lage nicht bessert.

Ein neues Problem zeigt sich in Tschechiens Regionen. Aufgrund der Wirtschaftskrise koppeln viele Banken ihre Kredite an strengere Auflagen, was die Co-Finanzierung von Projekten, die mit Hilfe von EU-Fonds initiiert wurden, verhindert. Große Bauprojekte und Infrastrukturmaßnahmen, an denen viele Arbeitsplätze hängen, stehen nun auf der Kippe. Die Regierung hat Verhandlungen mit den Banken aufgenommen.

Das tschechische Finanzministerium rechnet für 2009 mit einem Schrumpfen der nationalen Wirtschaft um 1,3 Prozent, womit Tschechien trotz Krise immer noch ein Wachstum von 2,9 Prozent verzeichnen würde. Dennoch rechnet Finanzminister Miroslav Kalousek mit einem Haushaltsdefizit von bis zu 180 Milliarden Kronen (etwa 6,6 Milliarden Euro). Auch für 2010 sei keine Besserung in Sicht. Trotz dieser Negativtrends betonte der IWF in seiner neuesten Studie, dass Tschechien die weltweite Wirtschaftskrise klar besser meistere als die anderen Staaten in Mittel- und Osteuropa. So dürfte es Tschechien auch leichter fallen, seine Beteiligung am internationalen Rettungspaket zu zahlen. Eine Milliarde Euro stellt Tschechien dem Internationalen Währungsfonds IWF zur Verfügung. Das Geld wird im Rahmen des Anfang April auf dem G-20-Gipfel in London beschlossenen „Eine-Billion-Dollar-Pakets“ für die in Not geratenen internationalen Finanzmärkte bereitgestellt. Die Mittel stammen aus den Devisenreserven der Tschechischen Nationalbank und haben somit keine Auswirkungen auf die Staatsverschuldung.

DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE VERLIERT GEGENÜBER RUSSISCH

Eine interessante Mitteilung aus dem tschechischen Bildungswesen zeigt, dass Deutsch als Fremdsprache für junge Tschechen an Attraktivität verloren hat. Tschechische Schüler beginnen meistens bereits in der zweiten Klasse mit dem Fremdsprachenunterricht, in der Regel wird Englisch als erste Fremdsprache gelehrt. Doch bereits in der vierten Klasse kommt eine zweite Fremdsprache hinzu, und nach wie vor rangiert Deutsch hier auf dem ersten Platz. Allerdings war in den letzten Jahren ein deutlicher Abwärtstrend bei den Zahlen der Deutschklassen zu erkennen. Immer mehr Kinder wählen Russisch als zweite Fremdsprache. Entschieden sich im Schuljahr 2002/2003 noch 244.599 Schüler für Deutsch, sank diese Zahl im abgelaufenen Schuljahr 2007/2008 auf 126.439 Schüler. Hingegen stieg die Zahl der Russischschüler von 1.949 im Jahr 2002/2003 auf 9.020 im Jahr 2007/2008 an. Diese Entwicklung ist laut dem Tschechischen Institut für Informationen in der Bildung unter anderem auf die linguistische Verwandtschaft zwischen den beiden slawischen Sprachen Russisch und Tschechisch zurückzuführen, die es den tschechischen Kindern erleichtert, schneller Fortschritte zu erzielen als im Deutschunterricht. Vertreter der deutschen Wirtschaft bedauern diesen Trend, verweisen aber gleichzeitig auch auf die Notwendigkeit Tschechisch verstärkt in den deutschen Lehrplan einzubringen.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

TERMINKALENDER MAI BIS JUNI 2009

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de

www.kasprag.cz

Datum	Veranstaltung	Ort
19. bis 22.05.	Konferenz „Europäische Plattform zu Artenvielfalt und Forschungsstrategien“	Průhonice
21. bis 22.05.	Konferenz „Hochschulbildung, Unternehmen und die Regionen“	Prag
28. bis 29.05.	Treffen COELA (Arbeitsgruppe <i>Erweiterung und Beitrittskandidaten</i>)	Prag
31.05 bis 02.06	Treffen der Minister für Landwirtschaft und Fischerei	Brno
02. bis 05.06.	EuroNanoForum: Nanotechnologie für eine nachhaltige Wirtschaft	Prag
03. bis 04. 06.	Konferenz „Eine Chance für Kinder...?“	Zlín
04. bis 05.06.	13. Forum der nationalen Ethikräte	Prag
10.06.	EU-Expertentreffen zur 17. Sitzung der UN-Kommission zu nachhaltiger Entwicklung	Prag
10. bis 11.06.	Konferenz „Tourismusindustrie: Beschäftigung und Herausforderungen für den Arbeitsmarkt“	Prag
15. bis 16.06.	Konferenz „Glücksspiel auf dem Binnenmarkt – Interessen von Staat und Stakeholdern“	Prag
17. bis 19.06.	ESDN (<i>European Sustainable Development Network</i>)-Konferenz 2009 „Möglichkeiten und Chancen für die Zukunft der EU SDS (<i>Sustainable Development Strategy</i>)“	Prag
18. bis 20.06.	EU-Gipfel	Brüssel
22. bis 23.06.	Konferenz „Arbeitsbedingungen und sozialer Dialog“	Prag
24. bis 26.06	Konferenz „Europäisches Justiznetzwerk“	Prag

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**



**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**



AUSGABE 5 | MAI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
Katharina Hierl
Maria Vogt

www.kas.de
www.kasprag.cz

Fraktion der Europäischen Volkspartei

<http://www.epp-ed.eu>



Offizielle Homepage zur Ratspräsidentschaft

<http://www.eu2009.cz>



Euroskop – Tschechische Infos zur Europapolitik

<http://www.euroskop.cz>



Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer

<http://www.dtihk.cz>



Deutsch-Tschechische
Industrie- und Handelskammer
Česko-německá
obchodní a průmyslová komora

Deutsche Botschaft in Prag

<http://www.deutsche-botschaft.cz>

Die sechste Ausgabe unseres Newsletters mit weiterem Hintergrundwissen, Terminen, Interviews und aktuellen Entwicklungen erscheint Ende Juni, erhältlich als Email oder Download auf unserer Homepage unter www.kasprag.cz